

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

*Plenarsitzungsdokument*

14.2.2007

B6-0051/2007 }  
B6-0053/2007 }  
B6-0057/2007 }  
B6-0059/2007 }  
B6-0061/2007 }  
B6-0066/2007 } RC1

## **GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung von

- Thomas Mann, Bernd Posselt, Charles Tannock, Piia-Noora Kauppi und Eija-Riitta Korhola im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Pasqualina Napoletano im Namen der PSE-Fraktion
- Marco Cappato, Frédérique Ries und Marios Matsakis im Namen der ALDE-Fraktion
- Roberta Angelilli, Gintaras Didžiokas, Eugenijus Maldeikis, Hanna Foltyn-Kubicka und Mieczysław Edmund Janowski im Namen der UEN-Fraktion
- Milan Horáček, Sepp Kusstatscher, Eva Lichtenberger, Raúl Romeva i Rueda und Helga Trüpel im Namen der Verts/ALE-Fraktion
- Vittorio Agnoletto und Eva-Britt Svensson im Namen der GUE/NGL-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- GUE/NGL (B6-0051/2007)
- ALDE (B6-0053/2007)
- Verts/ALE (B6-0057/2007)
- PSE (B6-0059/2007)
- UEN (B6-0061/2007)
- PPE-DE (B6-0066/2007)

zu dem Dialog zwischen der chinesischen Regierung und Gesandten des Dalai Lama

RC\653445DE.doc

PE 385.026v01-00}  
PE 385.028v01-00}  
PE 385.032v01-00}  
PE 385.034v01-00}  
PE 385.036v01-00}  
PE 385.041v01-00} RC1

**DE**

**DE**

## **Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Dialog zwischen der chinesischen Regierung und Gesandten des Dalai Lama**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 26. Oktober 2006 zu Tibet,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. September 2006 zu den Beziehungen zwischen der EU und China,
  - unter Hinweis auf die Erklärung des Ratsvorsitzes vom 22. Februar 2006, in der es heißt, dass die Europäische Union den Dialog zwischen der Regierung Chinas und Gesandten des Dalai Lama nachdrücklich befürwortet und hofft, dass beide Seiten bereit sind, wesentliche Probleme gutwillig zu behandeln, um pragmatische Lösungen zu finden, die zu einer friedlichen und dauerhaften Regelung in Bezug auf Tibet, der beide Seiten zustimmen können, beitragen können,
  - unter Hinweis auf die am 15. Dezember 2005 von Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission, im Namen von Benita Ferrero-Waldner, für die Außenbeziehungen zuständiges Mitglied der Kommission, abgegebene Erklärung, wonach die Kommission hofft, dass bald eine Lösung der Tibet-Frage gefunden wird, die mit der Souveränität Chinas in Einklang steht und der Existenz der Bevölkerung Tibets Rechnung trägt, und dass dieses Endziel nur durch einen friedlichen Prozess erreicht werden kann, der auf einem offenen, direkten Dialog ohne Vorbedingungen beruht,
  - unter Hinweis auf die bisherigen fünf Runden des Dialogs zwischen der Regierung der Volksrepublik China und Gesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama, die im September 2002 begannen,
  - gestützt auf Artikel 115 Absatz 5 seiner Geschäftsordnung,
- A. erfreut über das Eintreten der Regierung der Volksrepublik China und Seiner Heiligkeit des Dalai Lama für eine Lösung der Tibet-Frage in einem Prozess des Dialogs,
- B. in der Erwägung, dass in wesentlichen Angelegenheiten Differenzen bestehen und dass es insbesondere den beiden Seiten bisher nicht gelungen ist, zu einer gemeinsamen Haltung zu der historischen Beziehung zwischen Tibet und China zu kommen,
- C. unter Hinweis auf die Sorge der Regierung der Volksrepublik China um die Einheit und Stabilität Chinas und auf ihre Bedenken im Zusammenhang mit der Befolgung einer "Ein-China"-Politik durch die Europäische Union,
- D. unter Hinweis auf die übereinstimmenden Erklärungen des Dalai Lama, wonach er nicht Unabhängigkeit, sondern ein hohes Maß an wirklicher Autonomie für Tibet anstrebt,
- E. in Bekräftigung der gemeinsamen ethnischen, sprachlichen, religiösen und kulturellen

RC\653445DE.doc

PE 385.026v01-00}  
PE 385.028v01-00}  
PE 385.032v01-00}  
PE 385.034v01-00}  
PE 385.036v01-00}  
PE 385.041v01-00} RC1

Identität des tibetischen Volkes und der Erwartungen des tibetischen Volkes, die in Richtung eines geeinten Verwaltungssystems gehen,

- F. unter Hinweis darauf, dass die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft EU-China und ein Kooperations-Rahmenabkommen am 17. Januar 2007 in Beijing offiziell begonnen haben,
- G. unter Hinweis darauf, dass der Dalai Lama den Wunsch ausgedrückt hat, eine Pilgerreise nach China zu unternehmen, und dass das tibetische Exilparlament um ein Treffen zwischen dem Präsidenten Chinas und Seiner Heiligkeit des Dalai Lama gebeten hat, das Vertrauen zwischen den Bevölkerungen Tibets und Chinas und in der internationalen Gemeinschaft herbeiführen würde,
1. legt der Regierung der Volksrepublik China und dem Dalai Lama nahe, trotz ihrer Differenzen in bestimmten wesentlichen Angelegenheiten den Dialog ohne Vorbedingungen wieder aufzunehmen und fortzusetzen, und zwar in einer in die Zukunft gerichteten Weise, die pragmatische Lösungen ermöglicht, welche mit der territorialen Integrität Chinas in Einklang stehen und den Erwartungen des tibetischen Volkes Rechnung tragen;
  2. begrüßt die von der Regierung der Volksrepublik China verabschiedeten Gesetze und Regelungen bezüglich einer regionalen ethnischen Autonomie, erklärt sich aber darüber besorgt, dass viele dieser Rechtsvorschriften Bedingungen enthalten, die ihre Durchführung behindern oder beeinträchtigen;
  3. fordert den Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Intensivierung des Dialogs tatkräftig zu unterstützen und, solange es an greifbaren Ergebnissen in wesentlichen Angelegenheiten fehlt, in Konsultation mit beiden Seiten zu prüfen, welche weiteren Beiträge die Europäische Union leisten kann, um eine Verhandlungslösung für Tibet zu begünstigen, auch durch Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Tibet;
  4. fordert den Hohen Vertreter/Generalsekretär des Rates auf, in den GASP-Jahresbericht an das Parlament Informationen über die weitere Entwicklung des Dialogs zwischen der Regierung der Volksrepublik China und Gesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama im Jahr 2007 und danach aufzunehmen;
  5. fordert die Kommission auf, das Thema Tibet und die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen beiden Seiten im Zuge der Verhandlungen über das neue Partnerschafts- und Kooperations-Rahmenabkommen EU-China zur Sprache zu bringen und ihm über die weitere Entwicklung des Dialogs zwischen der Regierung der Volksrepublik China und Gesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama im Jahr 2007 und danach Bericht zu erstatten;
  6. fordert den Vorsitz des Rates auf, eine Erklärung anzunehmen, in der dargelegt wird, wie die EU die Fortschritte auf dem Weg zu einer friedlichen Verhandlungslösung für Tibet begünstigen könnte;
  7. fordert die Kommission, den Rat und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, mit allen

anderen Drittstaaten gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um den Dialog zwischen der Regierung der Volksrepublik China und dem Dalai Lama zu erleichtern;

8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament der Volksrepublik China und Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama zu übermitteln.